



UN-Klimagipfel

Die unbequemste Botschaft fehlt

14. Dezember 2018

Autor

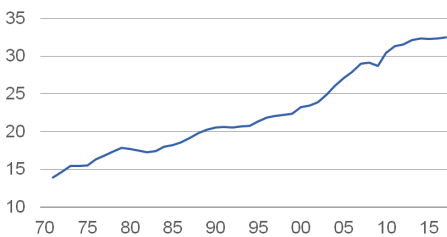
Eric Heymann
+49(69)910-31730
eric.heyman@db.com

www.dbresearch.de

Deutsche Bank Research Management
Stefan Schneider

Anstieg der CO₂-Emissionen zuletzt verlangsamt

Weltweite energiebedingte CO₂-Emissionen, Mrd. Tonnen



Quelle: IEA

Rund um den UN-Klimagipfel in Katowice wird vor allem betont, dass möglichst schnell Maßnahmen gegen den Klimawandel ergriffen werden müssten. Dies bleibt jedoch häufig sehr abstrakt. Dagegen fehlt die wohl unbequemste Botschaft: Mit den heute und auf absehbare Zeit verfügbaren Technologien ist es sehr unwahrscheinlich, die CO₂-Emissionen im notwendigen Maß und Tempo zu senken und zugleich die gewohnten Konsummuster der privaten Haushalte sowie die etablierten, international arbeitsteiligen Produktionsstrukturen beizubehalten.

Rund um den UN-Klimagipfel Katowice sind wieder einmal die mahnende Worte zu vernehmen, dass die globalen CO₂-Emissionen dringend sinken müssen, um das 2°C-Ziel zu erreichen bzw. um die schlimmsten Folgen des Klimawandels verhindern zu können. Diese Botschaften haben immer zum Jahresende mediale Hochsaison, wenn die internationale Staatengemeinschaft zu ihren Klimakonferenzen zusammenkommt.

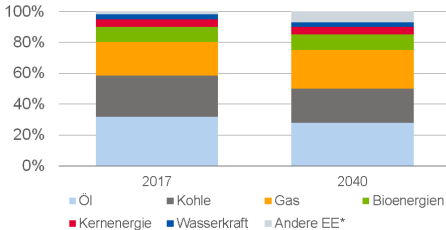
Die mahnenden Worte und viele klimapolitische Sonntagsreden konnten bislang nicht verhindern, dass die globalen CO₂-Emissionen tendenziell immer weiter gestiegen sind. Zwar hat sich hier die Wachstumsrate zuletzt verlangsamt. Zudem gibt es häufiger Jahre, in denen die globalen CO₂-Emissionen auch ohne wirtschaftliche Rezession stagnieren. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass der Anteil von Erdgas (zum Teil aus unkonventionellen Quellen) und erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in vielen Staaten zugenommen hat – zu Lasten der Kohle. Ferner sank die durchschnittliche CO₂-Intensität des Kraftwerksparks oder des Fahrzeugbestands in wichtigen Volkswirtschaften. Der generelle Trend ist jedoch eindeutig. Die Internationale Energieagentur (IEA) erwartet in ihrem Hauptszenario, dass die globalen CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2040 um 0,4% pro Jahr wachsen werden. Dies wäre bereits ein gigantischer relativer Fortschritt gegenüber der ersten Dekade des laufenden Jahrhunderts, als die globalen energiebedingten CO₂-Emissionen knapp 2,8% pro Jahr expandiert waren. Das IEA-Szenario umfasst bis 2040 bereits deutlich umfangreichere Investitionen in erneuerbare Energien (mehr als USD 300 Mrd. pro Jahr) und in Energieeffizienzmaßnahmen (weit mehr als USD 400 Mrd. pro Jahr) als derzeit getätigt werden.



UN-Klimagipfel

Fossile Energieträger bleiben auch langfristig dominant

Anteil der Energieträger am weltweiten Primärenergieverbrauch im Hauptszenario der IEA



* Im Wesentlichen Windkraft und Fotovoltaik

Quelle: IEA

Aus dieser Prognose lässt sich eine unbequeme Botschaft ableiten: Selbst die von der IEA unterstellten immensen Investitionen werden nicht ausreichen, um den wachsenden Energiehunger (Wärme, Mobilität, Strom) einer um 80 Mio. Menschen pro Jahr steigenden Weltbevölkerung zu stillen und gleichzeitig die globalen CO₂-Emissionen spürbar zu senken. Man kann diese Botschaft noch konkretisieren: Die Leistungsfähigkeit der „neuen“ erneuerbaren Energien (Windkraft und Fotovoltaik) ist offenkundig zu gering. Laut IEA-Prognose wächst ihr Anteil am globalen Primärenergieverbrauch von derzeit etwa 2% auf lediglich 7% im Jahr 2040. Windkraft und Fotovoltaik sind nicht beliebig regelbar. Sie verzeichnen je nach Standort eine extrem schlechte Kapazitätsauslastung. Kostengünstige Speichertechnologien im großindustriellen Maßstab sind nicht in Sicht. Es bedarf daher zusätzlicher, regelbarer Erzeugungskapazitäten, die dann einspringen, wenn Flaute herrscht oder die Sonne nicht scheint. In Deutschland übersteigen die installierten Erzeugungskapazitäten im Stromsektor die Spitzenlast inzwischen z.B. fast um das Dreifache. Diese zusätzlich installierten (und häufig unterausgelasteten) Kapazitäten verursachen betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Kosten. Diese werden in der berechtigten Freude über die sinkenden reinen Stromerzeugungskosten der Erneuerbaren gerne übersehen.

Wer plädiert für mehr Verzicht?

Hält man die IEA-Prognose für einigermaßen plausibel, kommt man relativ schnell zur wohl unbequemsten aller Botschaften: Mit den heute und auf absehbare Zeit verfügbaren Technologien ist es sehr unwahrscheinlich, den Klimawandel im notwendigen Maß und Tempo zu bekämpfen und zugleich die gewohnten Konsummuster der privaten Haushalte sowie die etablierten, international arbeitsteiligen Produktionsstrukturen beizubehalten. Dies gilt vermutlich selbst dann, wenn Klimaschutzmaßnahmen künftig sehr viel stärker an möglichst niedrigen CO₂-Vermeidungskosten ausgerichtet würden, wenn also die ökonomische Effizienz der Klimaschutzpolitik gegenüber heute stiege.

Um ein derartig klares und extrem unpopuläres Plädoyer für drastisch mehr Verzicht drückt sich die Politik aus nur zu offensichtlichen Gründen. Freiwillig dürften Bürger und Unternehmen ihre Konsum- und Produktionsgewohnheiten aber wohl kaum in dem Maß ändern, welches für das Erreichen des 2°C-Ziels erforderlich wäre. Es bräuchte höhere Steuern auf Energie oder ein sehr viel strengeres Ordnungsrecht (z.B. ein Verbot klimaschädlicher Technologien oder die Verpflichtung, bestimmte klimafreundliche Technologien zu nutzen). Dass solche Maßnahmen politisch brisant sind, zeigen z.B. die Proteste der „Gelbwesten“ in Frankreich, die sich u.a. gegen eine vergleichsweise harmlose Erhöhung der Steuern auf Kraftstoffe richtet.



Bislang fehlt eine demokratische Debatte darüber, welche Kosten und Einschnitte in Wahlfreiheiten und Besitzstände die privaten Haushalte und Unternehmen zu tragen bereit wären, um einen jeweils individuell verschwindend geringen Beitrag zur Treibhausgasreduktion zu leisten. Die politische Forderung, man müsse nun endlich mehr für den Klimaschutz tun, ist jedenfalls viel zu abstrakt. Bei einer derart wichtigen ökonomischen und gesellschaftlichen Frage sollte schon etwas konkreter diskutiert werden, was es z.B. für die Lebensumstände der Menschen in Europa bedeuten würde, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80% bis 95% (gegenüber 1990) zu reduzieren. Im Detail kann dies natürlich niemand konkret vorhersagen. Ein einfaches Rechenbeispiel veranschaulicht aber die Größenordnung: Würden die europäischen OECD-Staaten ihre CO₂-Emissionen pro Kopf „lediglich“ um 80% bis 2050 reduzieren, unterschritten sie das heutige Pro-Kopf-Niveau von Indien um etwa 20%. Man muss nicht extra betonen, dass Indien in Sachen Wirtschaftskraft, Konsum, Verkehrsleistung oder Heizwärmebedarf pro Einwohner deutlich unter dem europäischen Niveau liegt.

Es wäre wünschenswert, wenn gerade jene politischen Kräfte, die am stärksten vor den negativen Folgen des Klimawandels warnen, die unbequeme Botschaft des Verzichts nicht ausblendeten.

Englische Übersetzung vom 14. Dezember 2018: "UN Climate Summit: The most inconvenient message remains unsaid"



UN-Klimagipfel

© Copyright 2018. Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Research, 60262 Frankfurt am Main, Deutschland. Alle Rechte vorbehalten. Bei Zitaten wird um Quellenangabe „Deutsche Bank Research“ gebeten.

Die vorstehenden Angaben stellen keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung dar. Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers wieder, die nicht notwendigerweise der Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen entspricht. Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung geändert werden. Die Meinungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen von der Deutsche Bank veröffentlichten Dokumenten, einschließlich Research-Veröffentlichungen, vertreten werden. Die vorstehenden Angaben werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Angemessenheit der vorstehenden Angaben oder Einschätzungen wird keine Gewähr übernommen.

In Deutschland wird dieser Bericht von Deutsche Bank AG Frankfurt genehmigt und/oder verbreitet, die über eine Erlaubnis zur Erbringung von Bankgeschäften und Finanzdienstleistungen verfügt und unter der Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) steht. Im Vereinigten Königreich wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Filiale London, Mitglied der London Stock Exchange, genehmigt und/oder verbreitet, die von der UK Prudential Regulation Authority (PRA) zugelassen wurde und der eingeschränkten Aufsicht der Financial Conduct Authority (FCA) (unter der Nummer 150018) sowie der PRA unterliegt. In Hongkong wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Hong Kong Branch, in Korea durch Deutsche Securities Korea Co. und in Singapur durch Deutsche Bank AG, Singapore Branch, verbreitet. In Japan wird dieser Bericht durch Deutsche Securities Inc. genehmigt und/oder verbreitet. In Australien sollten Privatkunden eine Kopie der betreffenden Produktinformation (Product Disclosure Statement oder PDS) zu jeglichem in diesem Bericht erwähnten Finanzinstrument beziehen und dieses PDS berücksichtigen, bevor sie eine Anlageentscheidung treffen.